

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.  
Preis: monatlich 5.00 Mark, vierteljährlich 15.00 Mark, halbjährlich 30.00 Mark, jährlich 60.00 Mark.  
Anzeigenpreis: in der ersten Spalte der ersten Seite 1.00 Mark, in der zweiten Spalte 0.75 Mark, in der dritten Spalte 0.50 Mark, in der vierten Spalte 0.30 Mark.  
Verlag: C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

**Tageblatt**, enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.  
Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.  
Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Löbnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 10.  
Druck: C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Das „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.  
Preis: monatlich 5.00 Mark, vierteljährlich 15.00 Mark, halbjährlich 30.00 Mark, jährlich 60.00 Mark.  
Anzeigenpreis: in der ersten Spalte der ersten Seite 1.00 Mark, in der zweiten Spalte 0.75 Mark, in der dritten Spalte 0.50 Mark, in der vierten Spalte 0.30 Mark.  
Verlag: C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Nr. 214.

Dienstag, den 13. September 1921.

74. Jahrg.

In der Woche vom 12. bis 18. September 1921 werden auf die Marken G 56 (für Kinder unter 4 Jahren) und E 36 (für Personen über 4 Jahren) der Bezirkslebensmittelkarte 375 g amerikan. Weizenmehl zum Preise von 3.80 Mk. für 1 Pfund abgegeben.  
Schwarzenberg, am 12. September 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

## Aue. Fürsorgebezirksvorsteher.

Für den Ortsteil Niederplanitz (8. Bezirk) ist der Buchhalter Hermann Bösch, dortselbst wohnhaft, als Fürsorgebezirksvorsteher gewählt und verpflichtet worden.  
Untersuchungsgelände sind auch künftig grundsätzlich bei dem städtischen Fürsorgeamt (Stadthaus, Zimmer Nr. 6) mündlich oder schriftlich anzubringen. Sie können aber auch bei dem Bezirksvorsteher angebracht werden.  
Aue, den 10. September 1921.

Der Rat der Stadt — Fürsorgeamt —  
M. Ziegler, Stadtrat.

## Neustädtel. Wegen Reinigung bleiben Freitag, den 16. September und Sonnabend, den 17. September 1921 nachm. unsere Kals- und Sparhafferdume geschlossen.

Glandesamtsangelegenheiten werden Sonnabend, vorm. 11—12 Uhr erledigt.  
Neustädtel, den 12. September 1921.

Der Stadtrat.

## Tuberkulosenfürsorgestelle Schwarzenberg.

Die nächste Sprechstunde der hiesigen Tuberkulosenfürsorgestelle, in der tuberkulösen und tuberkulosenverdächtigen Personen von Schwarzenberg und den umliegenden Ortsteilen unentgeltlich Rat und Unterstützung erteilt wird, findet

Mittwoch, den 14. September 1921, nachm. 2 Uhr im Sitzungszimmer des Rathsehlers  
Schwarzenberg, am 10. September 1921.

Der Rat der Stadt — Wohlfahrtsamt. —

## Bayern und das Reich.

München, 11. Sept. Die Verhandlungen zwischen dem bayerischen Vertreter in Berlin und der Reichsregierung haben folgendes Ergebnis gehabt: 1. Bayern verlangt, daß gegenüber der Reichsstaatsanwaltschaft vom 29. August d. J. die Landesausnahmefreiheit gewahrt bleibe. Nach einem Kompromißvorschlag soll diese Reichsstaatsanwaltschaft aufgehoben und an ihre Stelle eine neue mit den Landesbehörden als erste Instanz und Beschwerdeinstanz beim Reichsstaatsanwaltschaft eingefügt werden, was aber für Bayern unannehmbar wäre. 2. Bayern verlangt unveränderte Aufrechterhaltung eines Ausnahmezustandes bis zur befristeten Wiedereinstellung der Verhältnisse. Die Reichsregierung verlangte hingegen Aufhebung der bayerischen Ausnahmezustandes und Ersatz durch die modifizierte Reichsverordnung. Dabei würden die im bayerischen Ausnahmezustand vorgesehene Schutzhaft, die Ausweisung und die Aufenthaltbeschränkung wegfallen. Die Staatskommission für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sollen nach dem Kompromiß bleiben, hätten aber keinen Wert mehr, weil ein unveränderlicher Reichsstaatsanwaltschaft die Beschwerdeinstanz wäre.

München, 11. Sept. In dem gestern abend zusammengetretenen Ministerrat hat Ministerpräsident v. Kahr seinen Rücktritt angekündigt, wenn der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben wird.

München, 11. Sept. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Nach den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses von gestern sollte sich die bayerische Regierung gegenüber der Reichsregierung bereit erklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über Zensurverbote entsprechend den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses geändert würde. Die bayerische Regierung hat heute bei dem ständigen Landtagsausschuss noch den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes dann näherzutreten werden soll, wenn die Verhältnisse es gestatten. Dieser Zusatz ist in der Sonntag-Sitzung von dem ständigen Landtagsausschuss mit Mehrheit beschlossen worden. Deshalb treten Ministerpräsident v. Kahr und Justizminister Dr. Roth zurück. Der Ministerrat wird morgen vormittag zusammentreten.

### „Der erste Hieb zum Wiederstand des Reiches.“

München, 10. Sept. Der „Frankfurter Kurier“ veröffentlicht einen neuen Aufruf mit der Überschrift: „Gegen die Katastrophenpolitik“. Es heißt darin: „Die sozialdemokratischen Agitatoren sprechen offen von der bevorstehenden Ausrottung der nordbayerischen Republik. Wer das mit Gewalt macht, ist ein Staatsverbrecher, gegen den sich alle Freunde der Ordnung zusammenschließen müssen und werden. Wer es aber auf dem Wege des Volksentscheidens machen will, dem sagen wir, daß er damit die Axt an die deutsche Einheit legt und den ersten Hieb zum Wiederstand des Reiches führt. Dann werden sie alle kommen, die Sonderbündler aus Altein, in Hannover und anderswärts, und es gibt kein Halten mehr. Die freitragenden politischen Fragen stehen vor einer Lösung. Um Wretwillen die deutsche Einheit zu zerstören, wäre ein Verbrechen und Verbrechen, die nicht über den Streit des Augenblicks hinausgehen.“

Wiesbaden, 11. September. Auf der gestern hier eröffneten achten Generalversammlung des katholischen Frauenbundes Deutschlands erkläre die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abg. Stang, unter starkem Beifall, daß das Frankenland trotz aller gegenteiligen Versuche in unzerstörlicher Schicksalsgemeinschaft mit Bayern und dem ganzen Deutschen Reich bleiben werde.

München, 11. September. Der hier versammelte Hauptausschuss der Deutschen Volkspartei Frankens hat einstimmig die Absendung einer Delegation an den bayerischen Ministerpräsidenten beschlossen, in der verhandelt wird, daß die Bevölkerung Frankens im Ernstfälle geschlossen dafür sorgen werde, den separatistischen Spieß für immer zu bannen.

München, 11. September. In verschiedenen Blättern war behauptet worden, daß die Agitation für eine Loslösung Frankens von Bayern und für die Schaffung einer nordbayerischen Republik auch von den Demokraten unterstützt werde. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind ermächtigt, zu erklären, daß das Gegenteil richtig ist.

— I. Mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Kahr ist der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern noch nicht aus der Welt geschafft. Der ständige Landtagsausschuss hat sich zwar im Gegensatz zu der Mittelpartei und dem dieser angehörenden Ministerpräsidenten für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern ausgesprochen, doch nur unter der Bedingung, daß § 3 und 4 der Notverordnung des Reichspräsidenten für Bayern keine Gültigkeit haben. Es handelt sich da um die Verkote von Zeitungen und die Unterfertigungen gewisser Besammlungen und Rundgebungen direkt durch das Reich.

Der v. Kahr hat es abgelehnt, der Reichsregierung auch nur den kleinsten Finger dazu zu reichen, die Selbstständigkeit Bayerns auf dem Gebiete der Polizeibehörde beeinträchtigen zu lassen. Der Landtagsausschuss hat sich zu Konzessionen bereit erklärt, steht aber auf dem Standpunkt, daß der verfassungsrechtlichen Eigenart Bayerns Rechnung getragen wird. Es scheint vorläufig, als ob die Klust zwischen dem Ausschuss und der Mittelpartei kleiner ist, als die zwischen den bayerischen Koalitionsparteien und dem Reich. Immerhin ist ein Haupthindernis der Verständigung, die bei den Regierungsparteien im Reich verhasste Regierung Kahr, gefallen. Insofern ist eine — ob erwünschte oder unerwünschte, das mag dahingestellt bleiben — Klärung der Verhältnisse eingetreten.

Es erscheint möglich, daß die Reichsregierung nun ihrerseits zur Nachgiebigkeit bereit ist und die Notverordnung des Reichspräsidenten abändert. Diese hat ja durch den Beschluß des Ausschusses des Reichsrates, der, wie der „E. B.“ mitteilt, die Verordnung in einem wesentlichen Teile als ungeschicklich aufgehoben hat, bereits ein Loch bekommen. Es geht bereits das Gerücht, daß der Reichsjustizminister Schiffer, welcher für die juristische Modifizierung der Notverordnung in erster Linie verantwortlich ist, als Silberhahn in die Mühle geschickt werden soll. Dann hätte die übertriebene Verordnung des Reichspräsidenten auf beiden Seiten Opfer gefordert, wodurch einer politischen Verständigung zwischen dem Reich und Bayern mit die Wege gebnet würden.

Sodernfalls trägt dieser Ausgang der Angelegenheit weder dazu bei, die Autorität der Reichsregierung zu erhöhen, noch dazu, der neuen Reichsverfassung, die doch eine bundesstaatliche sein soll, Freunde zu erwerben.

### Stögerwald gegen eine Übergangspolitik.

Berlin, 11. September. In einem Artikel in „Der Deutsche“, in welchem sich der preussische Ministerpräsident Stögerwald mit den Verhandlungen zur Umbildung der preussischen Regierung beschäftigt, führt er aus: Gegenüber der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation vertritt ich die Meinung, daß nicht die Parteienkanten der Vergangenheit den Ausgangspunkt für die Politik im nächsten Winter anzugeben haben, sondern die Frage: Wie kommt das deutsche Volk wieder am ehesten aus dem gegenwärtigen Elend heraus? Dafür ist neben einer klaren und zielbaren Innen- und Außenpolitik eines der ersten Erfordernisse die Stabilität der Mark. Das Finanzprogramm der Reichsregierung wird in der Hauptsache von folgender Basis ausgehen haben: 1. Größter Ausgleich zwischen Volk- und Wasser- und Eisensteuern; 2. Größter Eingriff in die Vermögenssubstanzen, der sich nicht vermeiden lassen; 3. ausreichende Beschaffung von Devisen. Die Stunde ist gekommen, in der sowohl das Reich wie auch Preußen seine Politik auf längere Sicht einstellen muß. Das Reich und Preußen können ein Übergangskabinett nicht mehr gebrauchen. Voraussetzung für jede Teilnahme an einer Koalition auf breiterer Basis ist die Anerkennung der Verfassung, ihre Vertretung mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten, Ausbau der Verwaltung im Sinne und Geiste der Verfassung. Dafür ist im Reich und in Preußen eine Mehrheit vorhanden, und auch die Modalitäten zu ihrer Zusammenfassung lassen sich finden.

### Fortsetzung der Sanktionspolitik?

Nach Pariser Meldungen macht die französische Regierung mit der in Aussicht gestellten Aufnahme von wirtschaftlichen Sanktionen zum

## Schwarzenberg. Lebensmittelverkauf.

Der Verkauf von Lebensmitteln für die Besucher der Tuberkulosenfürsorgestelle und Mutterberatungsstelle findet

Dienstag, den 13. September 1921, nachm. 2—5 Uhr  
im städtischen Wohlfahrtsamt (Torbeckhaus)

Schwarzenberg, am 10. September 1921. Der Rat der Stadt — Wohlfahrtsamt. —

## Löbnitz. Pflichtfeuerwehrrübung

der Jahrgänge 1893—1897

Mittwoch, den 14. September 1921, abends 7/7 Uhr.

Sammelpunkt: Bismarckplatz vor dem Spritzengebäude. Unentgeltliches Fernbleiben wird bestraft.  
Löbnitz, den 10. September 1921. Der Branddirektor.

## Rubholzverkauf. Johanngeorgenstädter Staatsforstrevier.

Im Galtshaus „Muldental“ in Aue, Donnerstag, den 15. September 1921, vorm. 1/3 Uhr:

2371 f. Röhde 7—15 cm stark, 1501 f. Röhde 16—22 cm stark.  
794 „ „ 23 pp. „ in den Abt. 2—28, 30—44, 45—55, 57—68, 71—81  
Einzelblätter (Bruch und Dürr).

Forstrevierverwaltung Johanngeorgenstadt. Forstrentamt Eidenfisch.

Mittwoch den 14. September 1921, vorm. 10 Uhr

soll im hiesigen Gerichtsvorsteheramt ein Schreibstück meistbietend öffentlich versteigert werden.  
Schwarzenberg, den 12. September 1921. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Löbnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

15. September Schwierigkeiten. Sie behauptet, die deutsche Regierung habe die Bedingungen, die von der Entente für den Fall eines Aufhebungs gestellt waren, nicht einwandfrei angenommen.

Vorausichtlich wird sich darüber ein neuer Notenwechsel entspinnen und die Aufhebung wird sich dadurch zum mindesten verzögern. Wie man sieht, versteht es Frankreich vorzüglich, sich den innerpolitischen Zustand Deutschlands zunutze zu machen. Während in unseren inneren Politik die Parteileidenchaft wieder einmal Triumph feiert, laufen unsere außenpolitischen Interessen Gefahr, vollständig vernachlässigt zu werden. Regierung und Regierungsparteien haben so angefangen mit der Erledigung ihrer innerpolitischen Sorgen und Angelegenheiten zu tun, daß Frankreich zu neuen Ausläsünder Zeit gewinnt. Im übrigen würde selbst bei Aufhebung der Sanktionen noch nicht sehr viel gewonnen sein. Denn auch die von der Entente gestellten Aufhebungsbedingungen sind für unser wirtschaftliches Leben verderblich genug.

### Das deutsche Rätsel.

Die Londoner „Times“ bespricht sehr offenherzig die Lage Deutschlands und die englische Stellungnahme. Es heißt in den bemerkenswerten Ausführungen: „Wir betrachten unseren früheren Feind Deutschland, unsern einstigen hauptsächlichsten wirtschaftlichen Rivalen, mit einer Mischung von Hoffnung und Furcht. Die Möglichkeit eines Wiederaufbaues Deutschlands, eine Wiederherstellung deutscher Macht in irgend einer Form, sei sie nun wirtschaftlich oder militärisch, wirkt auf uns sojektiv alarmierend und anregend. Denn der deutsche Wiederaufbau ist sowohl notwendig als auch gefährlich. Für unsere Handel ist es notwendig, daß Deutschland wieder ein zahlungsfähiger und gut bestellender Kunde werde. Gleichzeitig macht jedoch die rasche Erholung der deutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit den Valutaschwächen unseres englischen Wirtschaft Sorge. Wirtschaftlich gesehen ist also rasche deutsche Erholung ebenso wünschenswert wie bedrohlich. Wünschenswert, weil dieser Wiederaufbau rasche normale wirtschaftliche Beziehungen herbeiführen wird, feindselig, solange der Valutaschwach und die bemerkenswerte Produktionskraft Deutschlands es ihm ermöglicht, uns auf dem Weltmarkt zu unterbieten. Deutschland ist jedoch unweifelhaft ein Rätsel. England hat starkes Interesse an allen nur möglichen Entwicklungen des gewaltigen deutschen Reiches. Und es ist für uns Engländer von ungeschwehrt Wichtigkeit, zu wissen, ob die anscheinend augenfällige deutsche Wirtschaftserholung echt ist. Unanfechtbare Beweise zeigen, daß in Deutschland schwer gearbeitet wird. Außerdem herrscht offenbar bei den Deutschen ein gesunder Instinkt, sich selbst gegen das Chaos zu schützen, ein gesunderer Instinkt als bei uns in England, vielleicht deshalb, weil die Deutschen im eigenen Lande etwas von Chaos gesehen haben, und weil sie Fußlands Nachbarn sind.“

### Rücktritt des polnischen Kabinetts.

Warschau, 11. September. Die Schwierigkeiten der Finanzen und der ungünstige Stand der Valuta, die den Finanzminister, der die Verhältnisse nicht mehr meistern konnte, den Rücktritt nahe legten, haben nun das ganze Kabinett zum Sturz gebracht, das Kabinett Witos ist zurückgetreten.

### Aufhebung des Hilfskomitees für Rußland.

Paris, 11. Sept. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London erhebt das Neuter-Bureau, daß nach der Antwort des Sowjetregierungs auf die Note der internationalen Hilfskommission die Kommission aufgelöst werden wird, nachdem sich die Mitglieder oder deren Vertreter zur Prüfung der Moskauer Antwort versammelt haben.

### Immer neue Verschönerungen in Rußland.

Kopenhagen, 11. September. „Berlinsche Abend“ wird aus Sankt Petersburg telegraphiert: Jede Sendung von Zeitungen aus Rußland enthält Berichte über neue Verschönerungen gegen das Sowjetregime. Die neuen Zeitungen berichten, daß in der Offiziersliste eine neue Verschönerung entdeckt wurde. 400 Offiziere wurden verhaftet und nach Moskau übergeführt. Eine Offiziersverschönerung wurde auch in Kiew entdeckt. Hier wurden 180 Personen verhaftet. Schließlich wurden in Moskau 150 Personen festgenommen, die mit dem kürzlich aufgestellten allrussischen Hilfskomitee in Verbindung standen.

Berlin, 11. September. Der „Vorwärts“ berichtet, daß der Herausgeber der „Täg. Rundschau“, Heinrich Kippeler, zum 1. Oktober aus seiner bisherigen Stellung schied. Um demnach die Zeitung eines